

Parlamentarischer Vorstoss

2018/457

| | |
|-----------------------|---|
| Geschäftstyp: | Interpellation |
| Titel: | Euroairport – Eigentümerstrategie: Feigenblattpolitik BL wie weiter? |
| Urheber/in: | Andreas Bammatter |
| Mitunterzeichnet von: | -- |
| Eingereicht am: | 19. April 2018 |
| Dringlichkeit: | -- |

Ende März hat der Regierungsrat die Eigentümerstrategie Euroairport und seine Antwort auf eine Resolution des Einwohnerrats Allschwil vorgestellt. Fazit kurz und bündig: «Im Zweifelsfalle gehen die Interessen des Unternehmens vor» (analog dem Zitat von RR Thomas Weber in der Landrats-sitzung vom 8.3.2018 beim Geschäft 2017/364 VR Euro-Airport: Partnerschaftliche Mandatsverteilung gefordert).

Ausgangslage:

Allschwil

*An seiner Plenarsitzung vom 20. Juni 2017 hat der Allschwiler Einwohnerrat die «**Resolution zum Flugverkehr über Allschwil**» grossmehrheitlich (32:3-Stimmen) verabschiedet. Im Vorstoss wird der Baselbieter Regierungsrat gebeten, sich für eine faire Verteilung der Flugbewegungen einzusetzen. Weiter soll er dafür eintreten, dass die «lärmintensiven und schadstoffreichen 'Rundflüge' über Allschwil durch ökonomisch, ökologisch sowie gesundheitlich und sicherheitstechnisch optimierte Flugverfahren» ersetzt werden. Schliesslich wird in der Resolution eine Nachtflugsperrung über Allschwil zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens verlangt. Der Gemeinderat Allschwil unterstützt die «Resolution zum Flugverkehr über Allschwil».*

Vorstösse Landrat

Motion von Andreas Bammatter: **Überprüfung und Anpassung der An- und Abflugrouten – Flughafen Basel-Mulhouse**

«Wir bitten die Baselbieter Regierung, zusammen mit den Partnern aus Basel-Stadt beim Bund entsprechende Anträge zu stellen und die An- und Abflugrouten zu optimieren. Von grosser Bedeutung ist, dass die Lärmbelastungen möglichst gering sind und dicht besiedelte Gebiete entlastet werden.» Mit 82:0 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat 2017/365 überwiesen.

Motion von Werner Hotz: **VR Euro-Airport: Partnerschaftliche Mandatsverteilung gefordert**

«Der Regierungsrat wird eingeladen, beim Bund und Basel-Stadt vorstellig zu werden mit dem Ziel, dass Basel-Stadt und Basel-Landschaft über je drei Sitze im VR Euroairport verfügen.» Mit 33:31 Stimmen wird die Motion 2017/364 überwiesen.

Obwohl die Parlamente aus Allschwil und des Kantons dreimal sich für den Schutz der Bevölkerung ausgesprochen haben, handelt der Regierungsrat rein «firmenorientiert» und als Trittbrettfahrer ohne Verantwortung.

Fragen:

1. Worin ist das Engagement der Regierung für die betroffene Wohnbevölkerung zu erkennen?
2. Welche konkreten Interessen vertreten die heutigen Verwaltungsräte des Kantons Basel-Landschaft, Herr Cohn als ehem. Direktor des Bundesamts für Zivilluftfahrt BAZL (seit 1.1.2018) und Herr Thomas Kübler, Leiter Standortförderung Baselland (seit 1.7.2017)?
3. Warum ist die Einsitznahme im Verwaltungsrat des Euroairport – immerhin eines Landesflughafens - in Baselland nicht auch «Chef-Sache», wie dies im Kanton Basel-Stadt der Fall ist?
4. Warum beteiligt sich der Kanton Baselland nicht finanziell am Flughafen und sichert sich somit auch ein Mitspracherecht?
5. Wieso wird die trinationale Umweltcharta der Anwohnerverbände (u.a. Forum Flughafen - nur mit der Region (Forum), Gemeindeverbund Flugverkehr (GVF)) nicht in die Eigentümerstrategie einbezogen?

Besten Dank für die schriftliche Antwort.